



Pressemitteilung

Wuppertal, 15.05.2011

Wahlkampf auf dem Rücken von Drogenabhängigen!

Mit Schrecken und Angst verfolgen wir, Eltern und Großeltern von Drogenabhängigen, die Horrormeldungen aus Bremen. Aus einer Stadt, die zu den Vorreitern einer humanen und akzeptanzorientierten Drogenarbeit und Drogenpolitik gehörte. Doch scheinen die vielen Kürzungen im Bereich der Drogenhilfe nicht nur eine jahrelang aufgebaute Hilfestruktur zu vernichten, sondern auch ein Klima zu schaffen, welches man nur als vergiftet bezeichnen kann.

Um es vorwegzunehmen:

Selbstverständlich muss die Jugendhilfe eingreifen, wenn das Kindeswohl gefährdet ist. Dies gilt für alle Familien – in denen Eltern keine Drogen konsumieren genau so wie in solchen, wo Eltern Drogengebrauch praktizieren!

Doch was hier und heute in Bremen stattfindet ist der erbärmliche Versuch, eine auf Humanität setzende Drogenarbeit und Drogenpolitik wieder einem Diktat der absoluten Abstinenz zu unterwerfen.

Auch die Wahlkämpfer dürfen das Ziel, die Familien als Ganzheit zu erhalten, nicht aus dem Auge verlieren.

Dieses gebietet Ihnen der Artikel 6 des Grundgesetzes unserer Republik (Artikel 6

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. (4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

Forderungen nach Herausnahme der Kinder aus dem Familienverband sind nicht die vorrangige Aufgabe der Jugendhilfe. Nicht ohne Grund wurde das neue Sozialgesetzbuch VIII 1990 vom Bundestag verabschiedet.

Mit dem SGB VIII im KJHG wurde die politische und fachliche Kritik an der Kontroll- und Eingriffsorientierung des JWG aufgenommen und ein Angebote- und **Leistungsgesetz** für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern geschaffen, **das auf Unterstützung und Hilfsangebote** setzt.

Hilfe und Unterstützung für **alle** Familien sind die wesentlichen Grundsätze des Handels im Sinne des SGB VIII.

Auf eine Stellungnahme zu den einzelnen Vorwürfen, politischen Forderungen oder auch Ergebnissen von Untersuchungen verzichten wir, da schon genug gesagt und geschrieben wurde.

Wir bitten auch die Medienvertreter in ihrer Berichterstattung nach dem Grundsatz zu handeln:

Pressefreiheit bedeutet auch Verantwortung!

mit freundlichen Grüßen

(Jürgen Heimchen, Vorsitzender)

(Heidrun Behle, Vorstand)